

An die Medien  
der Region Basel

Basel, den 27. August 2008

## Medienmitteilung

### **Dreimal JA und einmal NEIN**

**Die Regionaldelegierten des vpod region basel beschlossen an ihrer Versammlung vom 26. August ein JA zur ÖV-Initiative der SP Baselland, ein JA zur Integration der Basler Sozialhilfe in den Kanton, ein JA zur Mietwohnschutzinitiative des Mieterinnen und Mieterverbands Basel-Stadt und ein NEIN zur Privatschulinitiative.**

Die ÖV-Initiative der SP BL verlangt einen kantonalen ÖV-Fonds, der mit jährlich 15 Millionen Franken gespiesen werden soll sowie einen 15-Minuten Takt für die S-Bahn. Diesen beiden ÖV-fördernden Eckwerten der Initiative konnten sich die vpod-Delegierten vorbehaltlos anschliessen und die JA-Parole fiel einstimmig aus. Ebenso klar war das JA zu den beiden Basler Vorlagen. Die Sozialhilfe sei klar eine öffentliche Aufgabe, die der Kanton künftig direkt und in eigener Verantwortung wahrnehmen müsse, war die einhellige Ansicht der Delegierten. Bei der Mietwohnschutz-Initiative überzeugten vor allem die Argumente für einen vermehrten Schutz vor ungewollten, mietzinssteigernden Sanierungen, die in MieterInnenkreisen für zunehmende Verunsicherung sorgen. Dafür müssten auch einige zusätzliche Regulierungen in Kauf genommen werden. Die Argumente der Gegner, die ein Bewilligungsverfahren mit einem Verbot gleichsetzen, verfielen bei den vpod-Delegierten nicht.

Die Privatschulinitiative der Elternlobby ist nach Ansicht der vpod Delegierten ein Frontalangriff auf die öffentliche Volksschule, die durch die Initiative empfindlich geschwächt würde. Es sei nicht Aufgabe des Staates, private Schulen zu finanzieren und damit ein Zweiklassen-Schulsystem herbeizuführen, wie es in allen Ländern mit verbreitetem Privatschulangebot vorhanden sei. In diesem Sinn markierten die vpod Delegierten frühzeitig ihre Position gegen die Initiative, welche im Kanton Baselland voraussichtlich im November zur Abstimmung kommt.

Weitere Auskünfte:

Urs Müller: 079 507 46 88 (Integration Sozialhilfe)

Regula Meschberger: 061 311 30 37 (ÖV-Initiative)

Heidi Mück 078 717 34 62 (Mietwohnschutz-Initiative)

Marianne Meyer: 079 506 28 42 (Privatschulinitiative)